

Fritz Schöffers Hoffnungen auf eine große Auslandsanleihe zur Deckung von 3 Milliarden DM Besatzungskosten brechen daran heute Stück für Stück zusammen. Der Finanzminister hat diesen Betrag nach einem Petersberger Anfall euphemistischer Zukunftsdeutung aus seinem Etat herausgelassen und wird ihn nun vielleicht bald doch noch nachtragen müssen. Die Amerikaner sind bei den Besatzungskosten neuerdings auf dem Dollar-Ohr wieder so schwerhörig geworden.

Jean Cattier hatte schon die ersten Tage der deutschen Devisenkrise für die Ankündigung benutzt, die Marshallplanhilfe werde ausgesetzt, wenn die Bundesrepublik sich nicht einschränke und nicht zur Vorbereitung auf einen Rüstungsbeitrag wirkungsvolle Kontroll- und Bewirtschaftungsmaßnahmen einführe.

Westdeutschlands linker Flügel aber nahm Cattiers Abschiedsworte mit Kußhand auf. Im Haus Köln, Kaiser-Wilhelm-Ring 20, dem neu errichteten Industrie-Institut, haben die Marktwirtschaftler einen finsternen Verdacht. Ihnen fiel die Formulierung zweier Fragen an Cattier besonders auf: „Ist der Zeitpunkt gekommen, Wirtschaftsminister Erhards Politik der freien Wirtschaft aufzugeben?“ und: „Befürworten Sie die übermäßigen Industriegewinne, die in Deutschland heute existieren?“

Und den Industriemännern fiel ferner auf, daß Fritz Heine aus dem neuen Bonner Parteihaus der SPD Cattiers scharfe Attacke postwendend mit Freudenschreien quittierte und das DGB-Blatt „Welt der Arbeit“ den gewerkschaftsfreundlichen Argumenten Cattiers auf der ersten Seite einen lebenswürdigen Dreispalter widmete.

Im Kölner Industrie-Institut tippen die Referenten sogar auf geschickte Aktivität von Ludwig Rosenbergs Hauptabteilung II des DGB: „Es hat sich herausgestellt, daß es sich hier um eine Art Außenministerium des Staates im Staate handelt, das vor allem Kontakt mit den Gewerkschaften des Auslandes hält.“

Der Nachfolger von Jean Cattier wird wahrscheinlich Harris heißen. Harris: linker Flügel der linken CIO-Gewerkschaft der USA.

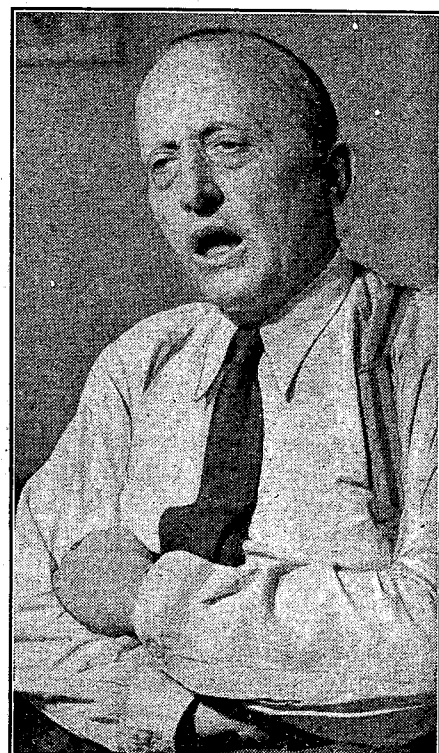
chentag gestellt werden müsse: „Wir sind doch Brüder!“

Der Kirchentag hat seinen Auftrag nicht von der offiziellen Kirche bekommen. Die Laien veranstalten ihn. Sie sind schließlich mehr als 99 Prozent des Kirchenvolks. In Essen bekannten sich 1950 180 000 unter dem „Kreuz auf den Trümmern“ zu dem selbstgewählten Auftrag. Am 15. Juli 1951 im Olympia-Stadion und auf dem Maifeld werden es an die 300 000 sein.

Dieses Zusammenströmen von Menschen aus beiden Deutschländern begleitet die Sowjetzonen-Regierung offiziell mit Wohlwollen. Der scharfe Ostwind, der in der

Für Ost und West gesondert mußten die Vorbereitungshefte gedruckt werden, für den Osten mit der Zulassungsnummer 14 243/51 von Eislers Informationsamt. Die Plaketten — über eine Million Stück — waren in ost- und westzonaler Prägung herauszubringen. Dabei passierte das Mißgeschick, daß der Preß-Stoff für die Plaketten in der Ostrepublik gerade in dem Augenblick wieder bewirtschaftet wurde, in dem Eislers Zensoren den Entwurf freigegeben hatten. Doch Plankommissar Heinrich Rau eiste auf dringendes Ersuchen einige 100 Kilo los.

Schließlich sind 80 Prozent der Sowjetzonen-Bürger Protestanten. Nur zwölf



Allerlei Zäune zwischen den Christen
Kirchentag-Helfer **Giesen** Kirchentag-Präsident **Thadden-Trieglaff**

PROTESTANTEN

Macht die Macht böse?

Der Ring der Freistil-Ringer-Matadoren in den Messhallen am Berliner Funkturm war kaum abgebaut, da rollten die ersten 10 000 Stühle aus Hannover an, um drei der vier Arbeitsgruppen des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1951*) unterbringen zu können. Die restlichen 21 500 Stühle wurden von den Berliner Brauereien ausgeliehen.

Ursprünglich sollte der Kirchentag 1951 nach Stuttgart einberufen werden. Aber dort bekamen Kirchentag-Präsident Reinold von Thadden-Trieglaff (SPIEGEL 33/50) und seine beiden Helfer, der frühere Kölner Studenten-Pfarrer Heinrich Giesen und der Stuttgarter Jugendpfarrer Eberhard Stammler, Briefe der Gemeinden aus der Sowjetzone: man möge doch in diesem Jahr zu ihnen kommen.

Die drei entschieden sich für Berlin. Auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt fiel ihnen während eines Wartens auf die Verkehrsmaschine nach Berlin ein, unter welcher Losung der 1951er Kir-

Sowjetzone Staats- und Kirchenschiff immer mehr auseinanderreibt, verwandelte sich zeitweise in ein lindes Lüftchen. Ostinnenminister Dr. Steinhoff wies alle untergeordneten Dienststellen durch einen Runderlaß an, den Kirchentag nach Kräften zu fördern. Fritz Eberts, Ost-Berliner Magistrat stiftete 100 000 DM-Ost und 60 000 Stadtpläne mit östlich berichtigten Straßennamen.

Fritz Eberts Stadtpläne tragen freilich „Ohne-uns“-Parolen, und der ministerielle Unterstützungs-Runderlaß lief mit vertraulichen Schreiben parallel. Da hieß es, daß alle Funktionäre während des Kirchentages ihre „gesamtdeutsche Initiative“ zu beweisen hätten, die Gelegenheit zu einem gesamtdeutschen Gespräch mit den westdeutschen Teilnehmern nicht vorübergehen lassen sollten, und daß eine namentliche Liste aller Geistlichen und aller Laienhelfer, die zum Kirchentag fahren wollen, anzulegen und rechtzeitig den Landesregierungen zur Überprüfung zuzuleiten sei.

Trotz allen ost-regierungsamtlichen Entgegenkommens blieb den Kirchentag-Vorbereitern in der Berliner Jebensstraße am Bahnhof Zoo der übliche Eiertanz zwischen östlichen und westlichen Vorbehalten nicht erspart.

Prozent sind Katholiken. In Adenauers Bundesrepublik sind 45,2 Prozent der Menschen Katholiken (50 Prozent Protestanten). Für dialektisch geschulte Kommunistenhirne ist der Gedanke verlockend, der Bundesrepublik (von der der protestantische hessische Kirchenpräsident Niemöller sagte, sie sei ein katholischer Staat) eine protestantenfreundliche Sowjetzonenrepublik gegenüberzustellen.

Der Berliner Bischof D. Dibelius wird beim Eröffnungsgottesdienst im ostsektoralen Propagandabau der Werner-Seelenbinder-Halle predigen. Martin Niemöller, von der SED-Presse oft und lobend zitiert, hat das Walter-Ulbricht-Stadion zu seiner Verfügung.

Tausende von Protestanten in West- und Ostberlin werden über Fragen wie „Macht die Macht böse?“, „Wofür arbeiten wir eigentlich?“, „Wem gehören unsere Kinder?“ offen diskutieren.

Der Osten läßt eine ganze Garde Pfarrer aufmarschieren, die wegen allzu fortschrittlicher ost-politischer Betätigung von der Kirchenleitung relegiert wurden, wie den Pfarrer Gerhard Kehnscherper, der im Ostberliner Rundfunk allzu SED-treue Morgenfeiern abhält. Am Sonntag Reminiszenzen rezitierte er an Stelle eines biblischen Kanzelgrußes den zweiten Vers

*) Den Deutschen Evangelischen Kirchentag als ständige Einrichtung gibt es seit 1949. Die beiden ersten Kirchentage waren 1949 in Hannover und 1950 in Essen.

der Becherschen Sowjetzonen-Nationalhymne und wurde so Delegierter auf dem „2. Weltfriedenskongreß“ in Warschau.

Auch der mecklenburgische Landespastor Heinrich Schwartze, bewährter SED-Routinesprecher auf Nationalkongressen und SED-Parteitag, wird kommen, und das Paradeferd des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, der Schweriner Domprediger Pastor Kleinschmidt. Der pflegt von der Kanzel zu sprechen: „Kain, das ist der Jäger, das ist der Räuber, das sind die USA. Abel, das ist der friedliche Ackersmann, das ist die Sowjetunion, das ist Vietnam, Indonesien und China. Und die räuberischen Imperialisten überfallen den friedlichen sowjetischen Ackersmann und seine friedlichen Freunde“.

„Allerlei Zäune stehen heute auch zwischen den Christen in Deutschland“, sagt Kirchentag-Präsident Reinold von Thadden-Trieglaff. „Der Kirchentag soll und wird sie sichtbar machen. Aber so sichtbar, daß zugleich ihre Ueberwindung deutlich wird... durch die Kraft, die vom Kreuze unseres Bruders Christus ausgeht.“ Sein Helfer Heinrich Giesen: „Wir haben unser Thema, das Thema der christlichen Bruderschaft, aber wir sind kein gesamtdeutsches Gespräch“.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ verbreitet da allerdings eine andere Meinung. Es veröffentlichte eine Zuschrift angeblich „aus Kreisen der evangelischen Kirche“. Der Kirchentag sei ein „gesamtdeutsches Gespräch der evangelischen Christen“, die „den imperialistischen Spalt der Deutschlands ihren Willen zur Einheit kundtun“ wollten. In den Aussprachen der Tagung würden zwar nicht die gleichen Worte gebraucht werden wie auf einer Tagung der „Friedenskämpfer“. „Aber dennoch verfolgt der Kirchentag das gleiche Anliegen.“

Wirklich Glück brauchen

Seit vierzehn Tagen ist Flensburgs Landrat Friedrich Wilhelm Lübke, 63, Bruder des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministers und, laut vervielfältigt verteiltem Lebenslauf, von Beruf Seemann, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

„Ich scheide aus meinem Amt nicht ohne Sorge um meine Heimat“, hatte Lübke-Vorgänger Ministerpräsident Dr. Walter Bartram, von seinen eigenen Parteibrüdern der CDU gekappt und verlassen, gesagt, als er sich in seine Kraftfutter-Fabrikanten-Einöde von Neumünster zurückzog. Und in der Tat haben sich für Lübke Schwierigkeiten aus einer ungewohnten Richtung gezeigt:

Einer der mächtigsten Schleswig-Holsteiner hatte seine Bedenken angemeldet — der evangelische Landesbischof D. Wilhelm Halfmann. Er und seine Mitchristen hatten seit Weihnachten 1950 schon sorgenvoll beobachtet, wie sich eine Führungskrise in Schleswig-Holsteins Landes-CDU mehr und mehr zu einer Krise des ganzen Landes und seiner Regierung auswuchs.

Landesbischof Wilhelm Halfmann hatte von der zur Diskussion stehenden Kandidaten-Liste der Bartram-Nachfolger Wind bekommen. Sie sah zur Auswahl vor:

- Landrat Friedrich Wilhelm Lübke,
- Bizonen-Wirtschaftler Dr. Hermann Pünder (der jetzt Präsident des Bundesverfassungsgerichts werden soll),
- Rechtsanwalt Dr. Franz Ryba,
- Staatsrechtler Professor von Mangoldt.

Halfmann war einigermaßen schockiert. Die ersten drei Kandidaten waren Katholiken, der vierte war zwar evangelisch,



Schleswig-Holstein ist heute noch...
Evangelischer Bischof Halfmann

hatte aber von vornherein die Annahme einer eventuellen Nominierung als Ministerpräsident zurückgewiesen.

„Das hat die Öffentlichkeit bisher noch übersehen“, legte Bischof Halfmann seinen Mahnfinger auf die Wunde des Bonn-politischen CDU-Kurses und dessen jüngsten Ausläufer bis zu Deutschlands nördlichster



...zu 90 Prozent evangelisch
Katholischer Ministerpräsident Lübke

Grenze. Halfmann gab zu bedenken: „Nach den Ergebnissen der neuesten Volkszählung ist Schleswig-Holstein auch heute noch das am reinsten evangelische Land der Bundesrepublik. Es sollte in der Personalpolitik des Landes auf die Tatsache, daß 90 Prozent der Bevölkerung evangelisch sind, gebührend Rücksicht genommen werden, auch bei der Bestellung eines Ministerpräsidenten.“

Halfmann wurde kurz darauf von CDU-Schröter angeklingelt, der versichern wollte, der Bundeskanzler habe nicht die Absicht, einen Katholiken in Schleswig-Holstein Ministerpräsident werden zu lassen. Womit immerhin zugegeben war, daß Parteiführer Adenauer sich durchaus für die schleswig-holsteinische Ministerpräsidenten-Nachfolge interessierte. Und wogegen Lübke als Spitzenreiter der katholischen Kandidaten-Liste doch nominiert und gewählt wurde.

„Nachdem die Entscheidung gefallen ist, werden wir weder in eine Opposition gehen noch so etwas wie Kompensationsforderungen erheben“, versicherte Landesbischof Halfmann seinem neuen Ministerpräsidenten, „da wir keine politische Partei sind“. Der Bischof ging persönlich in die Kieker Regierungsgemächer, um Lübke „Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen, in dem Bewußtsein, daß Sie in Ansehung der außerordentlich schwierigen Lage in unserem Lande wirklich Glück brauchen“.

Der Landesbischof hatte es nicht. Seine Pröpste nahmen ihm den Gang in die nunmehr katholisch besetzte Landesresidenz zum Teil übel, vor allem, daß er Ministerpräsident Lübke in einem Handschreiben bestätigte: „... Ich habe Vertrauen zu Ihnen, daß Sie Ihr Amt im Bewußtsein der hohen Verantwortung für das Ganze führen... werden“.

In diesen Tagen nun versucht Bischof Halfmann die aufgebrachten Seelen wieder zu beruhigen. Durch ein Rundschreiben an die Pröpste in Schleswig-Holstein: „In einigen Zeitungen ist zu lesen...“, daß ich dem Herrn Ministerpräsidenten Lübke das Vertrauen der evangelischen Landeskirche ausgesprochen habe. Ich bin nicht in der Lage, das Vertrauen der Landeskirche einer politischen Stelle gegenüber auszusprechen oder zu versagen.“

Im übrigen glaube er, seinen Brief an Lübke „auch vor allen denen verantworten zu können, die meinen warnenden Hinweis mit herzlicher Zustimmung aufgenommen haben“. Die Zustimmung für seinen Warnschuß gegen die Nominierung von drei katholischen Politikern für die Ministerpräsidenten-Anwartschaft in Schleswig-Holstein sei ihm „in zahlreichen Zuschriften bekundet worden“.

SPIELBANK-POLITIK

Aus der Ecke Gembicki

Das Glücksspiel in öffentlich konzessionierten Spielbanken verunehrt die Arbeit und den arbeitenden Menschen, es verführt die Jugendlichen und untergräbt die sittliche Autorität des Staates, der sich mit der Konzessionierung von Spielbanken dem Vorwurf der doppelten Moral aussetzt.“

Mit dieser Begründung ist das Inkrafttreten des Bayerischen Spielbankgesetzes — am 1. Juli vorgesehen — vom Senat*) verhindert worden, kurz nachdem Bayerns Landtag mit klarer Mehrheit dieses Gesetz beschlossen hatte.

*) Berufsständische Vertretung nach Art der 2. Kammer, kann durch Einspruch gegen Gesetz, die der Landtag beschlossen hat, nochmalige Beratung des Gesetzes durch den Landtag erreichen.